

WO DENN? WOHNEN!



Ein Heft über
Ausgrenzung, Lebensmut und Solidarität



WO DENN WOHNEN ?!

ein Heft über Ausgrenzung, Lebensmut und Solidarität

mit Beiträgen von Betroffenen, Aktivist*innen und Arbeiter*innen der Wiener Wohnungslosenhilfe

gemeinsam gegen die wohnungslosenfeindlichen und rassistischen Strukturen dieser Stadt

für Solidarität, Organisation und kollektiven Widerstand



EINLEITUNG

Von der Notwendigkeit zu wohnen...

Obdach- und Wohnungslosigkeit ist keine abstrakte Randerscheinung unseres Systems - kein Nebenwiderspruch - sondern ein Kernthema linker und emanzipatorischer Politik. Nirgends treffen kapitalistische, nationalistische und patriarchale Ausgrenzungspolitik mit einer derartigen Wucht aufeinander, wie in der Lebensrealität von Menschen ohne Wohnung und ohne Zugang zum Sozialsystem.

Dieses Zine entsteht wegen und gegen die jährlich wiederkehrende Beendigung des Winterpakets, der Schließung der Notquartiere und der damit einhergehenden Streichung einer bereits prekär gestalteten Notversorgung über den Winter. Wenn Ende April das Winterpaket beendet wird, werden damit weit über 800 Menschen von einem auf den nächsten Tag obdachlos, der Zugang zu Unterstützung und sicheren Räumen wird ihnen wieder entzogen oder erschwert und hunderte Sozialarbeiter*innen und Betreuer*innen verlieren mit der Schließung ihre Arbeit.

Die Beiträge in diesem Zine sollen einen Einblick in den Alltag derer geben, die strukturell ausgeschlossen und stigmatisiert werden, denen der Zugang zu Wohnungs- und Arbeitsmarkt verwehrt wird, die Tag für Tag für ihre eigene Sicherheit, ihr Überleben und einen Schlafplatz kämpfen müssen, während ein Teil der Gesellschaft wegschaut, Hass und Hetze verbreitet, oder sich gelähmt und entmächtigt dem status quo hingibt und darauf hofft, nicht selbst irgendwann betroffen zu sein.

Andere sind solidarisch und organisieren sich, sie sind auf laute oder leide Art unbequem und zeigen auf, dass es sich lohnt für eine andere Welt zu kämpfen. Davon erzählt dieses Zine auch. Denn der Kampf um Wohnraum darf dabei nicht bei der Betroffenheit Einzelner aufhören, sondern muss als antikapitalistischer Kampf gesehen werden. Wohnen darf kein Privileg sein!

Wir, die Initiative Sommerpaket, sind ein autonomer Zusammenschluss von Basismitarbeiter*innen und Aktivist*innen aus der Wiener Wohnungslosenhilfe und dem Sozial Bereich. Wir kämpfen für eine Obdach- und Wohnungslosenhilfe, die sich an den tatsächlichen Lebensrealitäten der Betroffenen orientiert, unabhängig ihres Aufenthaltstitels. Wir fordern einen niederschweligen Zugang zu Beratungs und Gesundheitsleistungen, der von Betroffenen unkompliziert und selbstbestimmt in Anspruch genommen werden kann, anstatt sich durch die menschenunwürdige Armutsverwaltung der Stadt zu kämpfen.

Wir brauchen Arbeitsbedingungen, die es möglich machen, Wohnungslosigkeit tatsächlich zu bekämpfen und zu beenden, anstatt sie prekär zu verwalten.

Ganzjährige sichere Räume, Zugang zu menschenwürdiger Grund-/Basisversorgung unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Gesundheitszustand, sind dabei erste Grundforderung.

Mit der Veröffentlichung dieses Zines geben wir uns selbst und anderen die Möglichkeit zu handeln, sich zu wehren, Zustände aufzuzeigen und Widerstand zu leisten.

Wir wünschen viel Spass beim Lesen und bedanken uns bei allen, die zu dieser Veröffentlichung beigetragen haben. Gerne hätten wir auch Beiträge in anderen Sprachen gedruckt. Das nehmen wir uns fürs nächste mal vor.

Bei Interesse, Anmerkungen oder sonstigen Wunsch nach Vernetzung, melde dich gerne, wir freuen uns!

Solidarisch und gemeinsam für eine Welt ohne Ausgrenzung und Armut.

Für sicheren Wohnraum und das Gute Leben für Alle!

Bleiben wir laut, unbequem und unversöhnlich.

Mail: sommerpaket@riseup.net Insta: [initiative_sommerpaket](https://www.instagram.com/initiative_sommerpaket)

Blog: <https://sommerpaket.noblogs.org>

DIE KLEINE GESCHICHTE DES WINTERPAKETS

Mit diesem Text wollen wir einen kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung des so genannten Winterpakets geben. Mit dem Festhalten der kleinen Winterpaketgeschichte möchten wir Wissen zugänglich machen für Menschen, die - ob als Kolleg*innen oder direkt Betroffene von Obdach- und Wohnungslosigkeit - noch nicht so lange mit dem Winterpaket zu tun haben und für alle, die an der Wirksamkeit von Widerstand interessiert sind und von Widerstandsgeschichten lernen wollen.

Das Winterpaket umfasst theoretisch die Versorgung aller in Wien aufhältigen obdachlosen Personen mit Notquartiersplätzen (NQ-Plätze) während der Wintermonate, organisiert im Rahmen der Wiener Wohnungslosenhilfe (WWH) des Fonds Soziales Wien (FSW).

Das am 17.12.2009 von der WWH geschnürte und seitdem als Angebot der Wiener Soziallandschaft bestehende Winterpaket ging durch eine Reihe von Veränderungen, die mit unterschiedlichen Einflussfaktoren zu tun haben. Oftmals ist beim Blick auf diese Entwicklungen die Erzählung der Menschen, die in den Notquartieren arbeiten und derer, die das Angebot aufgrund ihrer prekären Lebenssituation nutzen müssen, eine völlig andere als die des Fördergebers oder der Träger, die das Winterpaket organisieren. Auch die Ideen dazu, was es bräuchte, um Wohnungslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen anstatt prekär zu verwalten, gehen weit auseinander. Diese Diskrepanz führt zu Unmut und Müdigkeit bei einigen bis vielen Basiskolleg*innen, nämlich wenn in der Öffentlichkeit etwas als gelingend dargestellt wird, was sich in der Praxis als untragbarer Zustand darstellt. Die Arbeit in der niederschweligen WWH ist ein doppelter Kampf: einerseits um in der Unterstützung von obdach- und wohnungslosen Personen gegen repressive staatliche Regelungen für ein bisschen Luft zum Atmen zu kämpfen und in manchen Fällen tatsächliche Perspektiven zu erarbeiten. Andererseits wird das oft nicht durch die bestehenden Regulierungen der WWH möglich, sondern vielmehr trotz der Strukturen in denen wir arbeiten, da sie die genannten repressiven Zugänge durch staatliche Behörden und Exekutive nicht adäquat beantworten, mitunter sogar reproduzieren.

In den letzten Jahren kommt es zunehmend zu neuen Einschränkungen hinsichtlich des Zugangs zu den im Winterpaket angebotenen Schlafplätzen. Während jahrelang der Zugang zu den Schlafplätzen unabhängig von Aufenthaltsstatus und Arbeitssituation gewährleistet war, wird der Erhalt eines Platzes nun teilweise an die Zukunftsperspektiven der Einzelnen geknüpft. Strukturell bedingte Probleme werden somit als Versagen oder Meistern der Einzelnen verzerrt. Der Druck, dem obdachlose Personen dadurch ausgesetzt sind, ist zusätzliche Belastung statt Unterstützung. Außerdem wurde die vorübergehende zeitliche Ausweitung des Angebots während der Zuspitzungen in der Pandemie bis in die Sommermonate hinein größtenteils wieder eingestellt. Diese weiteren Verschlechterungen der Zustände stehen der seit vielen Jahren von unterschiedlichen Seiten formulierten Forderung nach einer ganzjährigen Notquartiersversorgung gegenüber. Wir erleben eine Entwicklung, die kritisch zu beleuchten ist und die Frage aufwirft, wie wir uns gegen weitere Verschärfungen wehren und kollektiv für Verbesserungen einstreben können.



2009: Die Audimaxbesetzung und der Beginn des Winterpakets

Begonnen hat alles mit einer zweimonatigen Besetzung des Audimax an der Uni Wien im Zuge von Studierendenprotesten 2009. 34 Unis in Deutschland und Österreich wurden besetzt, als Studierende gegen bildungspolitische Maßnahmen protestierten. Der besetzte Audimax-Hörsaal in Wien wurde zu dieser Zeit bis zur Räumung am 12.11. 2009 von obdachlosen EU-Bürger*innen als sicherer Aufenthalts- und Schlafort genutzt, von Menschen, die zu diesem Zeitpunkt keinen Zugang zu Notschlafplätzen hatten. Um den Personen Unterstützung zu bieten, die mit der Räumung der Besetzung im kalten Wintermonat wieder auf der Straße zu landen drohten, wurden Sozialarbeiter*innen gerufen. Diese konnten aber nur auf die eigene "Nichtzuständigkeit" hinweisen, da sie für Menschen, die aufgrund fehlender Sozialversicherungszeiten und Aufenthaltsdokumente keinen Zugang zu Sozialleistungen hatten, ebenfalls keinen Zugang zu einem sicheren Schlafplatz schaffen konnten. Somit wurde am 23.11. die AG Prekäre Lebenswelten von Studierenden gegründet, um genannte Problematiken öffentlich zu thematisieren. Es gab eine Presseaussendung mit Forderungen zur Verbesserung der sozialen Versorgungslandschaft. Nachdem von der Stadt Wien mittels des Arguments von drohendem "Sozialtourismus" deutlich gemacht wurde, nicht tätig werden zu wollen, fanden innerhalb weniger Tage im Dezember zahlreiche Aktionen und Initiativen statt: ein themenspezifischer Demoblock, eine Pressekonferenz, ein Flashmob, Flugblätter wurden angefertigt. In Reaktion auf diese öffentliche Debatte rund um die Versorgungslücke wurde erstmals das Winterpaket geschnürt.



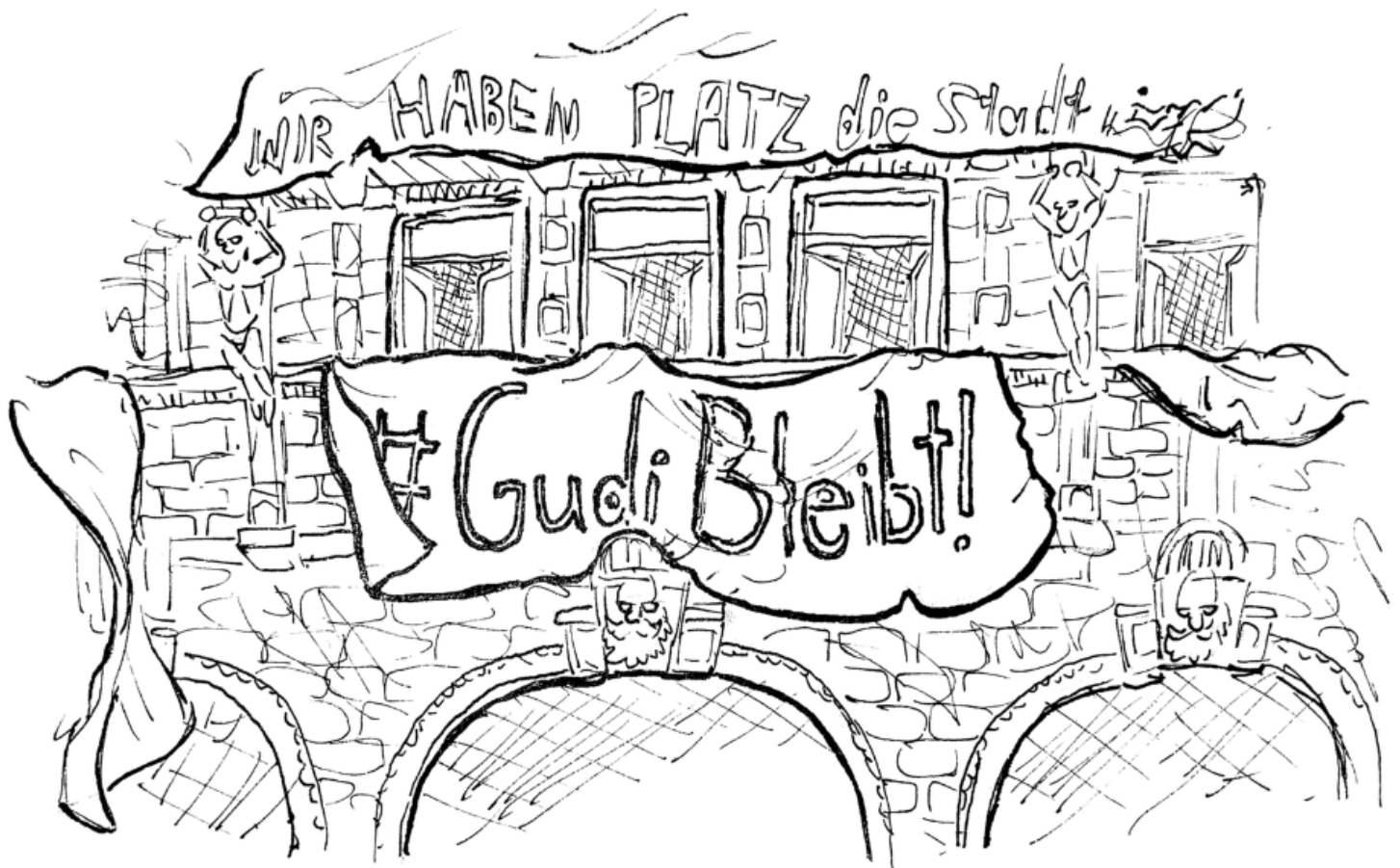
Im Laufe der weiteren Jahre wurde das Winterpaket als saisonales Versorgungsangebot viel zu träge und von ständiger Unterversorgung geprägt ausgebaut, allerdings nicht mit dem Ziel Wohnungslosigkeit zu beenden, sondern um Personen in den Wintermonaten vor dem Erfrieren zu schützen. Hier wurde und wird seit jeher auf Armutsverwaltung statt auf nachhaltige Lösungen gesetzt.

2019: Für bessere Unterkunftsbedingungen: Die Gründung der Initiative Sommerpaket

Die Auswirkungen dieser politischen Entscheidung, wie mit Obdachlosigkeit umzugehen ist, zeigt sich seit jeher in der Lebens- und Arbeitssituation in den Notquartieren. 2019 wurden diese öffentlich problematisiert, die Initiative Sommerpaket wurde als Zusammenschluss von Basiskolleg*innen aus Notquartieren, Chancenhäusern und Tageszentren gegründet. Ein offener Brief an den Fördergeber FSW wurde formuliert, in dem eben diese Auswirkungen kritisiert wurden: der akute Wegfall basaler Versorgungsstrukturen mit Ende des Winters für über 10000 Personen, keine Barrierefreiheit, keine NQ-Plätze für Frauen in den Sommermonaten, geschweige denn sichere Plätze für trans Personen, inter* Personen und nicht-binäre Menschen, Arbeitslosigkeit der NQ-Kolleg*innen über den Sommer, unzureichende Sonderzahlungen für spontanes Einspringen, sowie die zu erwartenden negativen Auswirkungen der geplanten Umstellung auf Chancenhäuser (über die ihr in einem anderen Zine-Beitrag Näheres nachlesen könnt) Im darauffolgenden Jahr wurde eines der letzten Notquartiere, die zentral gelegen waren - die Apollogasse - geschlossen. Einem Gentrifizierungsprozess zum Opfer gefallen, macht das Thema der Verdrängung von Notquartieren in die Peripherie allgemein die Frage auf, wie Wohnen verhandelt wird: als etwas, das sich Menschen erst verdienen müssen oder als Grundbedürfnis. Falls es auch als zweiteres öffentlich verhandelt wird, wird es dennoch durch das Hintanstellen hinter kapitalistische Wohnmarktinteressen nicht als solches politisch priorisiert.

2021: Zuspitzung während der Covid-Pandemie und der Kampf um die „Gudi“

Nachdem sich die ohnehin prekäre Situation der Notquartiersversorgung infolge der Covid-Pandemie weiterhin zuspitzte, fanden Kolleg*innen des Notquartiers Gudrunstraße den Mut sich gegen Unterbesetzung, das erhöhte Gesundheitsrisiko für Klient*innen und Kolleg*innen durch räumliche Enge, dringend notwendige nicht umgesetzte Renovierungsarbeiten, Intransparenz in den Verhandlungen um die Angebote und der jährlichen Unterbrechung der basalsten Versorgung durch die Schließung über die Sommermonate zu wehren. Dies geschah durch interne Protestmaßnahmen, die Öffentlich-Machung der Situation durch Artikel und Kundgebungen und schließlich - als die endgültige Schließung des Quartiers angekündigt wurde - durch Warnstreiks der Belegschaft. Während die „Gudi“ geschlossen wurde, wurde die Quartiersversorgung in anderen Quartieren aufgrund der Pandemie in den Sommer hinein verlängert. Seither gibt es auch die bestätigte Erkenntnis, dass eine erweiterte Öffnung der Quartiere keinen so genannten "Pullfaktor" für Migration, wie oft behauptet wird, darstellt.



2023: Gewalt gegen Wohnungslose - Initiative Sommerpaket Reloaded

Während sich die Situation rund um die Quartiersversorgung durch die Umsetzung der neuen WWH Strategie laufend verschlechterte, kam es im Sommer 2023 zu gewaltvollen Übergriffen auf obdachlose Personen, die im öffentlichen Raum schliefen. Zwei Personen wurden ermordet, eine weitere wurde schwer verletzt. Die drohende Verwehrtheit, das lebensbedrohliche Risiko dem Personen auf der Straße ausgesetzt sind, ist ständige Realität. Dass es so weit kam, dass Personen durch das fehlende Zur Verfügung stellen von sicheren Orten ums Leben kamen, ließ dennoch viele fassungslos zurück. Gemeinsam mit der Gruppe „en commun - Zwangsräumungen verhindern“ organisierten Basiskolleg*innen eine Kundgebung. Offene Briefe wurden verfasst und die Initiative Sommerpaket wurde durch neuen Zulauf von aktiven Kolleg*innen wiederbelebt.

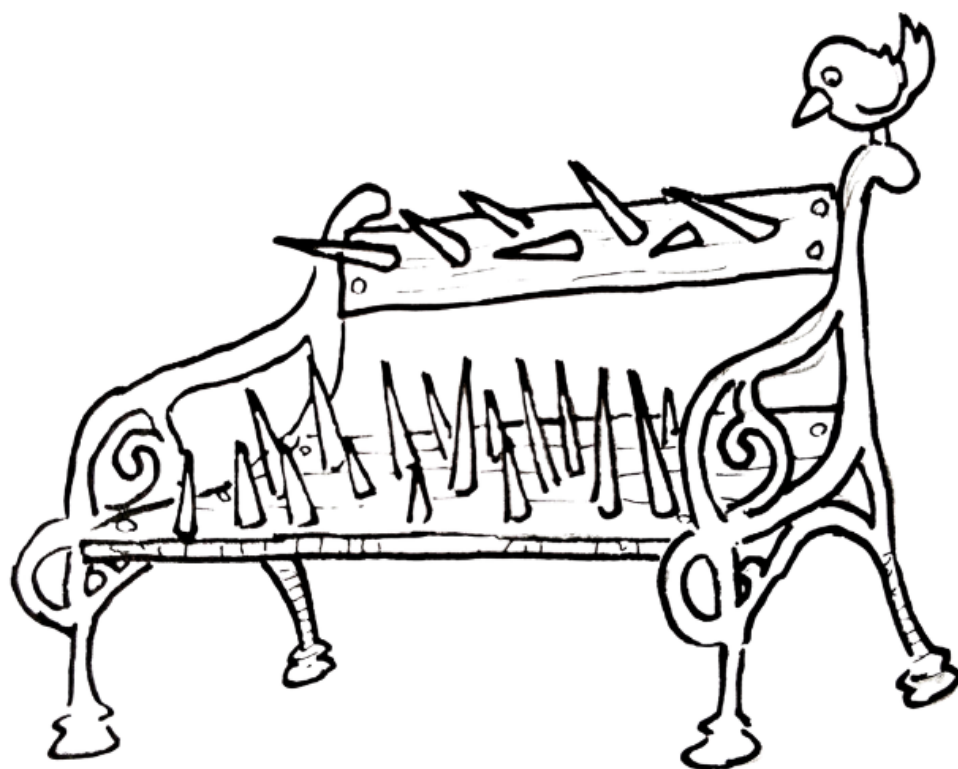
2025 ff: Drohende Einsparungen und Angebotsverschlechterungen: Warum wir weiterkämpfen müssen

In der Winterpaket-Saison 2024/2025 kam es letztendlich zur drohenden Schließung des einzigen nicht privat finanzierten ganzjährigen Notquartiers. Durch die Basisorganisation und das an die Öffentlichkeit treten konnte diese Schließung, die zum weiteren Verlust wertvoller Schlafplätze und zum Jobverlust von Kolleg*innen geführt hätte, vorerst verhindert werden.

Seither nahm alles durch weitgreifende Kürzungen und Streichungen im Sozialbereich allgemein einen rasanten Verlauf. Neue Herausforderungen und Zumutungen bestimmen den Arbeitsalltag der Kolleg*innen sowie den Lebensalltag der Klient*innen nicht nur in der WWH, sondern auch im Geflüchtetenbereich, in der Unterstützung gewaltbetroffener Frauen*, in der adäquaten Angebotsversorgung queerer Personen und im Suchtbereich. Bereichsübergreifend Allianzen zu bilden und sich gemeinsam zu wehren scheint notwendiger denn je und geschieht bereits. So wurden im Winter 2025 gegen die Einsparungen im Sozialbereich Maßnahmen seitens der Basis ergriffen, bis hin zum Warnstreik. Bereichsübergreifende Vernetzungen wurden gebildet, die über die letzten Einsparungen hinweg weiterbestehen und weiterarbeiten. Im Winter 2025/2026 sind 2 Menschen auf Wiens Straßen erfroren.

Zusammengefasst ist die Geschichte des Winterpakets nicht nur eine der prekären Versorgung und qualitativen Fehlplanung, sie ist auch eine Geschichte des immer wieder aufkommenden Widerstands. Wir sind uns dessen bewusst, dass dies nur ein zeitlicher Ausschnitt der Entwicklung von Versorgungsstrukturen der WWH ist und in diesem Ausschnitt haben wir sicherlich viele Geschichten unerzählt gelassen. Aber wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, sichtbar zu machen, was gesehen werden muss damit sich die Umstände ändern. Damit hören wir nicht auf. Um es nochmal deutlich mit den Worten der Gudi-Kolleg*innen zu sagen:

„Durch eine wiederholte Unterbrechung der Betreuung wird Obdachlosen nicht geholfen, im Gegenteil, gerade diese Unterbrechungen führen zu der von Ihnen behaupteten Verfestigung der Wohnungslosigkeit und Prekarität. Das Angebot des Winterpakets ist ein absolutes Minimum und alles andere als ein Anreiz, obdachlos zu bleiben. Trotzdem kann eine Unterbrechung der Betreuung und der dadurch entstehende Verlust selbst dieser elementarsten Sicherheit zu erneuten schwerwiegenden Krisen führen. Deswegen, wir wiederholen uns: Schaffen Sie endlich dauerhafte Unterkünfte!“



MYTHOS CHANZENHAUS

ZWEI MITARBEITENDE BERICHTEN

Schon die Namensgebung erscheint mehr als zynisch und neben der Überlegung, auf wessen glorreiche Idee diese zurückzuführen ist, fragen wir uns auch: Welche Chance ist gemeint und wer bekommt sie? Wer "verdient" eine Chance und wer nicht? Was passiert, wenn die Chance "verspielt" wurde?

Chancengerechtigkeit gibt es nicht, so viel ist klar. Denn der im Chancenhauskonzept verankerte niederschwellige Zugang ist de facto nicht gegeben. Ein großer Teil der obdach- und wohnungslosen Personen schafft die Aufnahme in ein Chancenhaus nie. Das ist von Stadtpolitik und Fördergebenden (FSW) durchaus so gewollt und es gibt unterschiedliche Faktoren, die dazu führen:

Es liegt an den hohen Zugangsvoraussetzungen: Nicht-Anspruchsberechtigte, die einen großen Teil der obdach- und wohnungslosen Personen in Wien ausmachen, haben grundsätzlich keinen Zugang zu einem längerfristigen Platz im Chancenhaus, außer sie haben Erwerbseinkommen oder erarbeitete Ansprüche auf Sozialleistungen.

Es liegt außerdem an der Hochschwelligkeit: Kaum Menschen, die auf der Straße nächtigen oder schon lange obdachlos sind und nur vergleichsweise wenigen Personen aus Notquartieren, gelingt die Aufnahme. Theoretisch sollte jede Privatperson Zugang zu einem Platz haben. In der Praxis gelingt dies jedoch meist nur, wenn Personen bereits bei einer anderen Wohnungsloseneinrichtung angedockt sind. Andernfalls fehlt oft das Wissen über das Angebot, bei Nachfragen vor Ort gibt es meist gerade keinen Platz und viele haben kein Handy für telefonische Anfragen.

Viele Betroffene sind außerdem ohne Handy schwer erreichbar, sodass von Kolleg*innen über das Online-Reservierungstool für Einrichtungen reservierte Plätze häufig schon vergeben sind, bis der Kontakt zu bestimmten Personen hergestellt werden kann.



Was den Zugang außerdem erschwert ist die intransparente Vergabe von Plätzen: Denn jedes Chancenhaus hat unterschiedliche, teilweise sehr strenge Zugangsvoraussetzungen und es gibt einen großen Ermessensspielraum der jeweiligen diensthabenden Kolleg*innen. Diese aus der Not an Plätzen entstandene Praxis erschwert die Vermittlung massiv.



Schließlich liegt es aber vor allem auch am bestehenden großen Mangel: Es gibt schlichtweg VIEL ZU WENIGE PLÄTZE! Das betrifft zweifellos den gesamten Wohnungslosenbereich und damit ebenso die Chancenhäuser.

Die Situation hat sich durch die Kürzungen stark zugespitzt. Kolleg*innen werden nicht nachbesetzt, Plätze – wie bspw. im Familienbereich des Chancenhaus Favorita – fallen weg. Projekte zur Job-Integration in der Suchthilfe wurden gestrichen und Möglichkeiten zur Behandlung von Suchterkrankungen massiv gekürzt, wodurch sich auch die Aussicht auf ein gesichertes Einkommen und eine langfristige Wohnperspektive für Betroffene verschlechtert und die Stabilisierung deutlich erschwert hat.

Für jene, die aufgenommen werden, ist die Situation ebenfalls schwierig. Innerhalb von drei bis maximal sieben Monaten soll eine „Wohnperspektive“ erarbeitet werden – trotz komplexer Problemlagen. Hier ein kleiner Einblick in die Schritte, die davor passieren müssen: Ausweisdokumente beschaffen, Einkommen sichern (Bearbeitungsdauer der Mindestsicherungsanträge: 6-8 Wochen), mit dem davongetragenen Trauma aus Gewaltbeziehungen klarkommen, mit Sucht- und Konsum umgehen, um Familienzusammenführung kümmern, Aufenthaltstitel ändern, Obsorge regeln, Scheidung durchbringen, Schulden regeln, medikamentöse Einstellung bei psychischen Erkrankungen, Verbesserung der körperliche Gesundheit.

Diese im Konzept verankerte Frist ist völlig weltfremd und unrealistisch, sie erzeugt enormen Druck und Unsicherheit bei den Bewohner*innen. Dabei sollten sie sich gerade in dieser Zeit sicher fühlen, um zur Ruhe und zu Kräften zu kommen^[9], statt von der drängenden Sorge bestimmt zu sein, wo sie in wenigen Wochen schlafen werden.

Neben den Multiproblemlagen der Klient*innen, zeigen sich auch strukturelle Misslagen der geförderten weiterführenden Wohnperspektiven: auf einen Platz im mobil betreuten Wohnen warten Klient*innen phasenweise über sechs Monate, im stationär betreuten Bereich beläuft sich die Wartezeit oftmals auf mehr als ein Jahr.

Doch nicht nur die Klient*innen stehen unter erheblichem Druck, sondern auch wir Mitarbeitenden: Unterbesetzung und ein sehr hoher Betreuungsschlüssel erschweren die laut Konzept vorgesehene, engmaschige Betreuung. Für sogenannte "hard-to-reach Bewohnende" und Klient*innen, die besonders hohen Betreuungsbedarf haben, bleibt da keine Zeit.

Gleichzeitig müssen wir beurteilen, wer einen Wohnplatz erhalten und diesen auch behalten darf. Gelangen wir zu dem Schluss, dass keine "Perspektive" erarbeitet werden kann, sind wir gezwungen, dies den Betroffenen mitzuteilen und einen Auszug in die Wege zu leiten. Wir müssen die Menschen also aufgeben und erwarten gleichzeitig, dass sie sich selbst nicht aufgeben.

Das bedeutet zwangsläufig, dass vor allem besonders vulnerable Personen – die eigentlich mehr Unterstützung bräuchten statt weniger – wieder auf sich alleine gestellt sind und auf der Straße, im Notquartier oder in Abhängigkeitsverhältnissen landen.

Ein Beispiel dafür ist eine Person, die Ärzt*innentermine aufgrund ihrer psychischen Erkrankung verweigert und somit auch keinen Antrag auf Arbeitsunfähigkeitspension stellen kann.

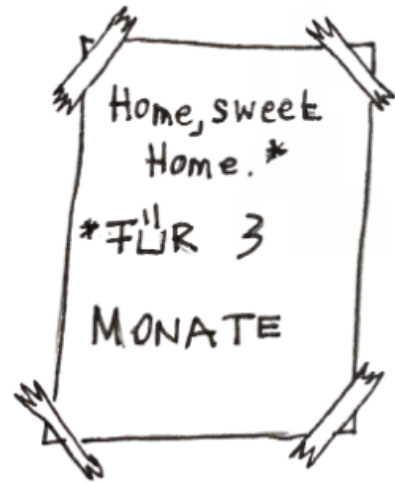


Die Person kann sich aufgrund ihrer Erkrankung nicht um AMS-Termine kümmern, verliert dadurch ihr Einkommen und hat damit keine Wohnperspektive. Es gibt aber auch keinen anderen Ort, an den sie kann, weil offiziell keine Diagnose gestellt wurde und sie nicht krankheitseinsichtig ist. Trotzdem müssen wir ihr früher oder später sagen, dass sie ausziehen muss.

Mit demselben Druck werden (körperlich) chronisch kranke Personen von uns bzw. dem System in Arbeitsverhältnisse gedrängt, weil dies oft die einzige Perspektive für den Erhalt einer Wohnung ist. Ein Beispiel hierfür ist eine Person mit chronischer Krankheit, die unter starken Schmerzen in Händen und Beinen 35h als Reinigungskraft arbeiten muss, weil sie ohne Einkommen keine Wohnperspektive hat und ihr sonst der Auszug aus dem Chancenhaus droht.

Aber wohin sollen die Menschen denn, wenn auf dem xenophoben, rassistischen, queerfeindlichen Wohnungsmarkt kaum leistbare Wohnungen verfügbar sind?

Hier wird auch gut ersichtlich, dass im Chancenhaussystem noch das veraltete Stufenmodell verankert ist, in dem sich Bewohnende beweisen müssen, bevor ihnen eine eigene Wohnung "zugetraut" wird. In dieser Denkweise wird Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit als individuelles Versagen gedeutet, obwohl sie in Wirklichkeit ein Ausdruck struktureller und systemischer Defizite ist. Dadurch wird die Verantwortung von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf das Individuum verlagert.



Vor ihrer Implementierung in die Landschaft des Wiener Wohnungslosenbereichs hieß es, wenn es Chancenhäuser gibt, werde es keine Notquartiere mehr benötigen. Chancenhäuser wurden entwickelt, um Notquartiere langsam zu ersetzen. Dieser Plan ist jedoch schief gegangen. Der Mythos Chancnhaus liefert nicht, was er verspricht. Die Stadt Wien und der FSW täten gut daran, ein realitätsnahes Konzept umzusetzen.

Was es braucht:

- ★ weit mehr Plätze und dabei insbesondere auch mehr Plätze für Frauen, ti*n Personen und Familien
- ★ geringere Zugangsvoraussetzungen
- ★ mehr Personal
- ★ mehr spezialisierte Einrichtungen (bspw. für Queers und Personen mit Pflegebedarf)
- ★ bessere bauliche Strukturen
- ★ mehr Privatsphäre in Form von Einzelwohneinheiten
- ★ die Ermöglichung von langen Aufenthaltsdauern und kein Platzverlust solange keine dauerhafte Wohnform als Alternative zur Verfügung steht
- ★ leistbaren und unbürokratischen Wohnraum

So wie Chancenhäuser derzeit arbeiten, sind sie nicht mehr als leere Mogelpackungen, die der Stadt Wien und dem FSW als Inszenierung einer vermeintlich guten Absicht dienen.

IM GESPRÄCH

MIT EINEM*ER LANGJÄHRIGEN KOLLEG*IN AUS DEM CHANZENHAUS

Was läuft gut an deiner Arbeit? Was sind die schönen Momente?

Wenn Sachen gut funktionieren, wenn zum Beispiel ein Härtefallantrag beim Beratungs- und Service-Center Obdach- und Wohnungslosenhilfe (ehemals bzWo) durchgeht. Oder ein*e EU Bürger*in einen Daueraufenthalt bekommt. Wenn Leute in ein cooles Stationär betreutes Wohnen ziehen. Wenn Bewohnende sich gut bei uns aufgehoben fühlen und wir gemeinsam Zeit finden zum Spielen oder Quatschen, neben den Beratungsgesprächen. Dann kann es schon eine sehr coole Arbeit sein.

Was sind die größten Schwierigkeiten in deiner Arbeit als Sozialarbeitende*r im Chancenhaus?

Ich glaube am Schwersten ist die Betreuung von nicht-Anspruchsberechtigten Personen, wo keine Wohnperspektive möglich ist. Sie können die Schiene der Wohnungslosenhilfe nicht fahren, weil sie keinen Zugang dazu haben. Sie passen nirgends rein, fallen überall durch – und ich muss dann Konsequenzen ziehen, hinter denen ich eigentlich nicht stehen möchte (wie zum Beispiel eine Befristung). Das ist oft sehr zerreißen.

Wir haben auch kein Budget für Dolmetsch. Beratungen zu führen, wenn die Person kein oder wenig Deutsch spricht, ist deswegen sehr herausfordernd und da geht so viel Qualität verloren. Da müssen oft mehrsprachige Kolleg*innen einspringen oder es kommt auch vor, dass andere Bewohnende übersetzen, was für die Privatsphäre und das Vertrauen auch sehr problematisch ist.

Die Zusammenarbeit mit Behörden ist auch oft schwer. Ich muss mich für die Bewohner*innen einsetzen und Dinge fordern, ärgere mich oft über das Vorgehen der Behörden. Ich muss aber immer freundlich und höflich bleiben, weil sonst verspiele ich potenziell etwas für die Klient*innen.

Außerdem geht sich der Klient*innenschlüssel – also wie viele Personen wir betreuen müssen – nicht aus. Wir sollen in drei Monaten fertig sein mit den Klient*innen, haben aber eigentlich keine Zeit; pünktlich aus der Arbeit komme ich selten bis nie.

Die Bewohner*innen vertrauen mir sehr, verlassen sich auf mich, finden selbstständig den Weg durch die komplexe Bürokratie nicht. Es gibt großen Druck auf uns Mitarbeitende: Habe ich alles im Blick? Was, wenn ich eine Frist übersehe? Habe ich alles versucht? Wir tragen eine große Verantwortung für eine schlechte Bezahlung und zu wenig Anerkennung der Gesellschaft.

Was sind die größten Schwierigkeiten für Klient*innen, die im Chancenhaus untergebracht sind?

Vor dem Einzug sind sicher die strengen Aufnahmekriterien eine riesige Barriere, viele Personen werden von dem Angebot dadurch ausgeschlossen. Im Konzept steht, dass jede*r aufgenommen werden kann. Das entspricht aber nicht der Realität und teils findet schon vor einer Aufnahme eine Abklärung statt, ob Ansprüche vorhanden sind.

Dann, wenn sie bei uns wohnen, ist die fehlende Privatsphäre sehr belastend und schwer. Es gibt keinen eigenen Raum. Küche und sanitäre Anlagen werden mit mehreren Personen geteilt. Sie müssen in einem kleinen Zimmer wohnen, mit einer wildfremden Person. Die Gestaltung der Räume ist nicht erlaubt. Eine Person darf bspw. zwar ein Poster an die Wand hängen mit Klebeband, aber keinen Nagel einschlagen. Personal kann immer reinkommen in die Zimmer.

Sie leben auch in einer dauerhaften Unsicherheit. Jeder Verstoß gegen die Hausordnung hat eine Konsequenz. Oft sind diese sehr einschneidend. Dazu kommt die Sorge vor einer Befristung und den Wohnplatz zu verlieren dadurch.

Inwiefern siehst du ein Machtgefälle zwischen Mitarbeitenden und Klient*innen und wo kommt das zum Tragen?

Das ist sehr unterschiedlich, manche Kolleg*innen spielen die Macht schon sehr gerne aus. Nutzen die Macht aus, begegnen den Bewohner*innen herablassend, glauben vielleicht auch, sie müssen eine strenge „Cop Energy“ haben, damit Leute sie respektieren. Leider kommt es deswegen auch wegen sehr kleiner Sachen (wie bspw. Rauchen im Zimmer) zu enormen Eskalationen und Hausverboten.

Wer fällt aus dem Chancenhausangebot heraus?

Die Personen müssen volljährig sein. Auch schauen wir, ob die Personen ein aufrechtes Hausverbot haben. Personen mit hohem Pflegebedarf können wir mit dem Angebot unserer Einrichtung leider nicht abdecken und zum Teil auch Personen mit schweren psychischen Erkrankungen, die nicht medikamentös eingestellt sind. Diese wohnen leider oft nicht lange da, weil sie wegen auffälligem Verhalten schnell Hausverbot bekommen. Nicht anspruchsberechtigte EU Bürger*innen ohne Job, weil da ohne Einkommen/Job keine Perspektive möglich ist. Und Asylwerbende und seit Neuestem auch subsidiär Schutzberechtigte ohne genügend Einkommen, die von der Grundversorgung betreut werden müssen.

Wie viele Anfragen bekommt ihr und wie viele Plätze werden im Vergleich dazu frei?

Nach Bauchgefühl gibt es pro Tag schon so 10-20 Anfragen von verschiedenen Personen und pro Woche werden 2-3 Plätze frei. Es gibt viel zu wenig Plätze.

Auch die Notnächtigungsbetten, also eine bestimmte Zahl an Betten, in Chancenhäusern pro Nacht zur Verfügung stehen und nur für diese eine Nacht genutzt werden können, sind immer voll belegt und jeden Abend müssen Personen weggeschickt werden.

Wie lange sind Plätze frei, bevor sie vergeben werden?

Die Plätze sind innerhalb von Sekunden/Minuten reserviert/vergeben. Der Bedarf ist sehr hoch und es gibt wirklich viel zu wenig Plätze.

Wie lange wohnen Personen bei euch, bis sie in eine langfristige Wohnform ziehen?

Die reale Wohndauer sind schon so 6-12 Monate. Wobei 6 Monate sehr selten ist und nur bei Personen klappt, die alle Unterlagen schon beisammen haben und die direkt in eine eigene Wohnung ziehen können. Alle Personen, die noch etwas Zeit brauchen, um sich zu stabilisieren/zur Ruhe kommen, wohnen schon länger da. Wir haben auch Personen, die schon seit 2 Jahren hier wohnen.

Was ist die Konsequenz, wenn keine langfristige Wohnform möglich ist?

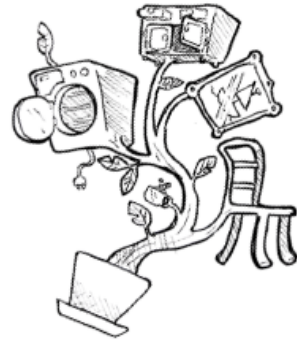
Die Konsequenz ist dann meistens eine Befristung, dann hat die Person noch 2-4 Wochen Zeit sich schnell irgendwas prekäres wie bspw. einen Notquartiersplatz zu organisieren und dann muss die Person leider ausziehen.

Wie realistisch ist es, in den laut Konzept vorgegeben 3 Monaten in langfristige Wohnform zu ziehen?

(lacht) Sehr unrealistisch, fast utopisch. Ich arbeite schon lange hier und ich weiß gar nicht, ob ich es je mit irgendjemandem geschafft habe, dass jemand so schnell in eine langfristige Wohnform gezogen ist. Der FSW hat unrealistische Vorstellungen und macht gleichzeitig Druck.



DRINNEN UND DRAUSSEN



Meine Wohnung ist mein Tempel ist mein Haus des Gebets UND meine Räuberhöhle - immer so, wie ich es gerade will. Ich verwirkliche mich darin. Sie ist die Fortsetzung meines seelischen und geistigen Innenlebens.

Ich mag das Gefühl, wie meine Wohnung mit mir wächst, die Einrichtung entsteht ganz organisch, nach und nach. Nix ist da zuerst. Und wie die Ordnung in meinem Leben zunimmt, so nimmt sie auch in meiner Wohnung zu.

Ich richte sie ganz nach meinen Bedürfnissen ein und lerne mich dort selbst im Dunkeln zurecht zu finden.

Ich bin die Seele meiner Wohnung. Sie wäre ohne mich nur Luft zwischen Mauern. Ich wäre ohne sie nur ein Hauch im Wind. Ausgeliefert und schon gleich wieder verweht.

Obdachlose Freunde und ich haben im Sommer auf der Donauinsel auch im Freien gekocht. Gulasch und ein Bier dazu ist doch das Größte. Man kann vieles, was man drinnen macht auch draußen machen.

Allerdings muss man draußen bereit sein, Konsequenzen zu ertragen, die es drinnen nicht gäbe.

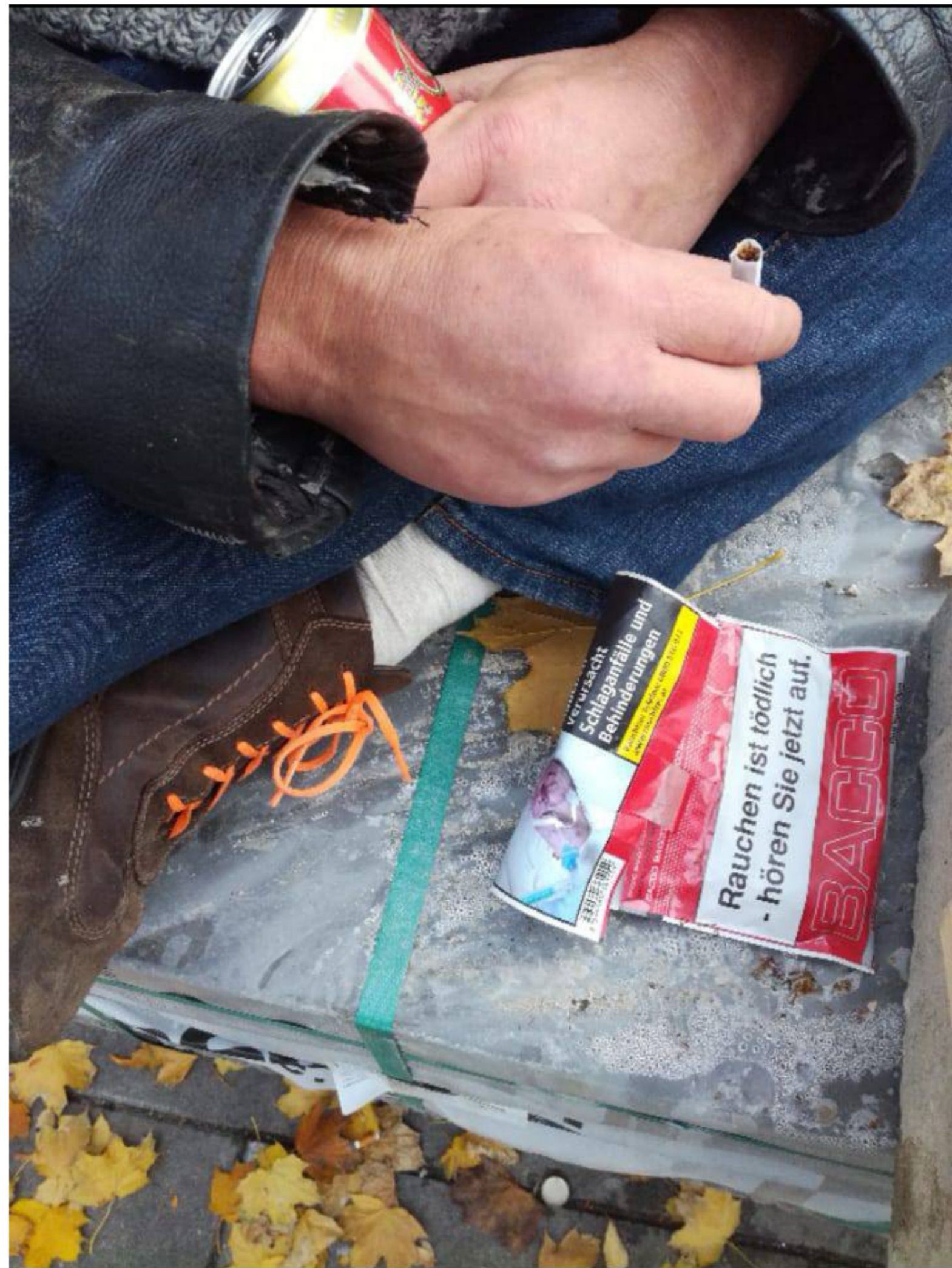
Es ist schön, drinnen was Gutes zu kochen und ein Bier dazu zu trinken, weil ich nicht draußen kochen und zehn Bier dazu trinken muss.

Es ist schön, in der Nacht einen Spaziergang zu machen, weil ich nicht draußen sein und in Bewegung bleiben muss.

Es ist schön, mit Freund*innen drinnen zu feiern, weil ich mich nicht draußen in einer Gruppe dem Exzess hingeben muss, um das Leben überhaupt zu derblösn.

Und es ist besonders schön, alleine drinnen Ruhe zu finden, weil ich nicht draußen mitten unter all den Menschen in Einsamkeit verzweifeln muss.

C.L., ehemals ohne Wohnung

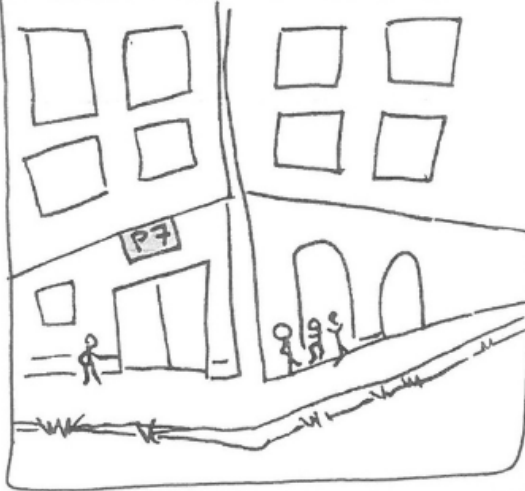


Ein kleiner Einblick in den Hindernisparcour der WWH

Idee dieses Comics ist es, einen groben Einblick ins System der WWH (Wiener Wohnungslosenhilfe) zu geben, welches scheitern kann, wie ein Stationenlauf, geprägt von bürokratischen & anderen Hindernissen. Es soll einen groben Überblick über tatsächlich herrschende Rahmenbedingungen & Regelungen geben, da das prekäre System der WWH, regelmäßig von Kürzungen betroffen, für Außenstehende oft abstrakt scheint. Das Comic stellt nur einige mögliche Situationen dar & soll in keinsten Weise stigmatisierend, pauschalisierend oder vereinfachend wirken.



Das P7 von der Caritas ist das „Wiener Service für Wohnungslose“. Dort werden unter anderem die Notquartiersplätze vermittelt.



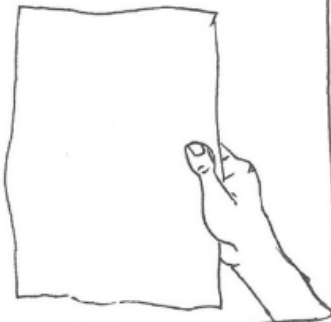
Wie kann ich helfen?

ich bin gerade wohnungslos geworden

ok also Sie brauchen erst mal einen Schlafplatz.. ach ich sehe in ihrem Pass* die Sorübe ist für Sie zuständig

*die Zuständigkeiten hängen von unterschiedlichen Faktoren ab. besonders entscheidend dabei ist der Aufenthaltsstatus in Ö

bittesehr, hier ist die Adresse, da müssen Sie hin



= die „Sozial- & Rückkehrberatung für EU Bürger:innen“ der Caritas

Leider sind heute schon alle Betten belegt. Sie können es aber in der Nacht-Notaufnahme (NNA) versuchen.

manche der NQs* haben ein paar Betten, die abends spontan vergeben werden

ich geb Ihnen ein paar Adressen mit, da können Sie ihr Glück versuchen. leider kann ich aber nicht reservieren. Also seien sie abends pünktlich dort. die Öffnungszeiten der NNA stehen auf den Zetteln und sind in den Häusern unterschiedlich..

die Zeit bis zum Abend könnten Sie z.b. in einem der Tageszentren (TAZ) überbrücken.

*Notquartiere



ganz schön kompliziert.. und jetzt fängts auch noch zum regnen an. dann ich geh mal ins TAZ



was ist hier los?

es ist Einlassstopp. die Einrichtungen haben Kapazitätsgrenzen. bei schlechtem Wetter wird die manchmal überschritten und dann muss man draußen warten, bis genug Leute rausgehen.

im TAZ:



Vielleicht kann ich da mein Zeug abgeben, damit ich es nicht ständig schleppen muss.. aber wie soll all mein Hab und Gut da rein passen? Außerdem gibt es dafür eine wochenlange Warteliste..*

*die wwh ist aufgrund von Ressourcenknappheit & Kürzungen geprägt von Wartelisten..

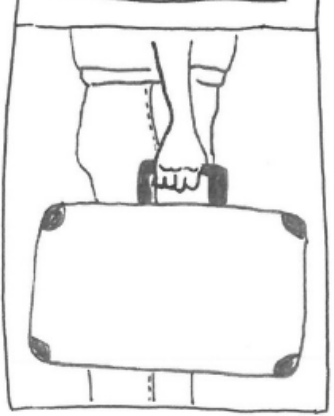


abends:



es tut mir so leid, aber leider ist die NNA für heute voll

& so ist es auch in den anderen 2 NQs wo es P gerade noch rechtzeitig hinschafft. also macht sich P weiter auf den Weg ins Ungewisse..





..und findet schließlich am Westbahnhof einen trockenen, halbwegs warmen Ort um sich auszustrecken..



..als plötzlich..

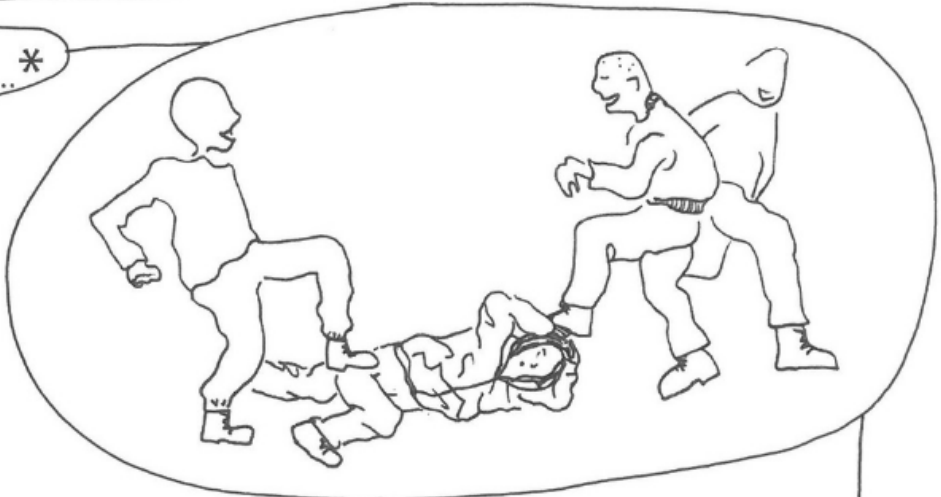
AUFWACHEN!!

Sie dürfen hier nicht schlafen. Wir sperren jetzt den Bhf zu.



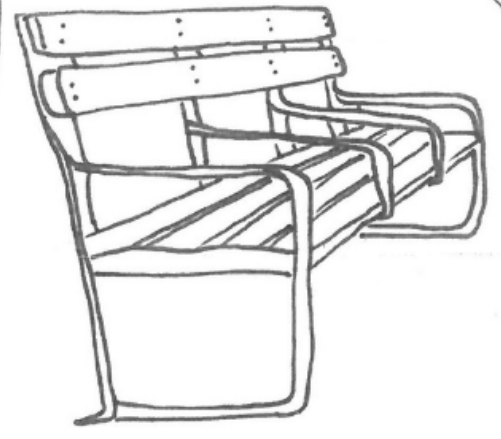
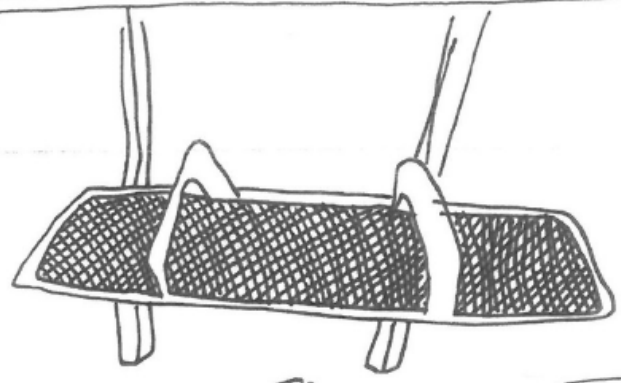
und wohin soll ich jetzt? draußen ist es kalt & nass..

..und gefährlich, was wenn...*



* es kommt regelmäßig zu gewalttätigen Übergriffen & gezielten Angriffen auf Personen, die im öffentlichen Raum schlafen. FLI*NTAs sind in besonderem Maße gefährdet.

..aber nicht nur von anderen Menschen geht Aggression aus. Wiens Straßen sind geprägt von sogenannter aggressiver bzw. defensiver Architektur, die extra designed ist, um Menschen am Schlafen zu hindern:



hier kann ich nicht liegen.. da auch nicht.. oder soll ich mich etwa auf so ein Smartie am Praterstern legen...?



nach dieser schlaflosen Nacht geht P gleich in der Früh zur Sorübe..



dort warten schon viele mit der selben Idee..



ich kann Ihnen jetzt mal einen Schlafplatz für 2 Wochen geben..

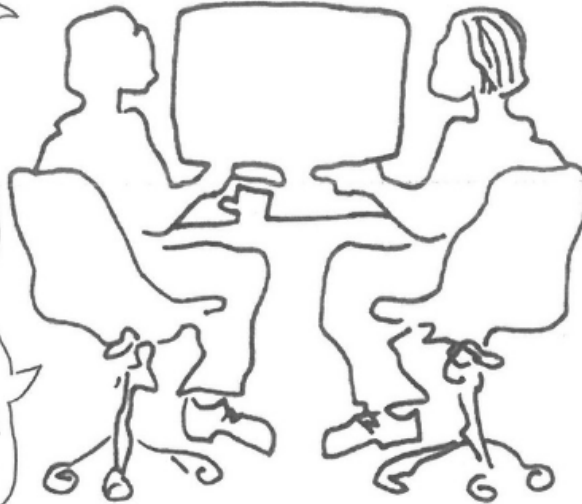


juhu ein Schlafplatz!!

..ABER..

..danach wirds schwieriger. Sie müssen dringend an "Perspektiven" arbeiten, heißt ihre Situation verbessern, heißt ein Einkommen generieren indem Sie einen Job finden. Wenn nicht können Sie nur insgesamt 90 Nächte im NQ (Notquartier) schlafen.

Für einen Job (oder AMS/MA40 Bezug wenn Anspruch besteht) brauchen Sie einen Meldezettel bzw. eine Obdachlosmeldung. In manchen Einrichtungen können Sie das machen.



aber leider brauchen Sie ein Einkommen, um einen Meldezettel in einer Einrichtung zu bekommen... tut mir leid, ich weiß, dass das etwas widersprüchlich ist..

?!hm



im NQ:
trifft P am Flur auf eine andere Person..

kann ich Ihnen helfen?



es gibt kaum barrierefreie NQs.. ich schaff das schon. danke

oh wow. mit 5 Fremden im Zimmer. na das wird was..



die Situation in den NQs ist prekär..



also sehr sicher und entspannt fühlt sich der Schlaf hier nicht an.. naja wenigstens nicht nass

auch einige Monate später hat sich nicht viel verändert. P versucht vieles, aber das "Erarbeiten von Perspektiven" ist unter diesen Rahmenbedingungen schwer...



Kein Platz mehr für die Schwächsten und Ärmsten in Wien

Die Stadt Wien hat eine lange Zeit den Eindruck erweckt, dass sie sich mit ihren Obdachlosen, alternativ lebenden und marginalisierten Randgruppen eigentlich ganz gut arrangiert. Aus der Sicht eines ehemaligen Betroffenen scheint das allerdings vorbei zu sein.

Letzte Zuflucht für Menschen die nirgendwo anders erwünscht sind, ist im Moment größtenteils die Mariahilferstraße. Überall sonst gibt es defensive Architektur (die man mittlerweile am besten mit menschlicher Tauben-Abwehr vergleichen kann), Alkoholverbot, Konsumzwang und/oder rigorose Polizeikontrollen. Die Polizei erlaubt sich sogar in Notschlafstellen nach einer Liste der Nächtigungsgäste zu fragen, um diese dann mit etwaigen Haftbefehlen abzugleichen und im Zweifelsfall Menschen direkt aus dem Schlafsack heraus zu verhaften. Das hat natürlich dazu geführt, dass viele Menschen solche Stellen mittlerweile meiden. Ohnehin gibt es für ca. 13.000 Obdachlose so ungefähr 1000 Schlafplätze in Notunterkünften. Im Sommer sind es sogar nur 200. Da kommen dann gerade mal noch die Menschen mit Rollstuhl und Beatmungsgerät hinein. Dort sind die Zustände allerdings durch die Unterfinanzierung oft ziemlich schlecht. Die betreuten Wohnplätze die der FSW stellt, haben bis zu einem Jahr Wartezeit, sind hochschwellig und schrecklich bürokratisch. Kein Schlafplatz in Unterkünften, und auf der Straße Obdachlosenfeindliche Architektur heißt schlichtweg: Kein Platz mehr für die Ärmsten und Schwächsten in Wien. Das alles hat aktuell dazu beigetragen, dass in einer Stadt die früher mal als ganz sozial bekannt war, 2 Wohnungslose Menschen in einem Park in der Triesterstraße erfroren sind. Als Betroffene Person fühlt man sich in Wien einfach nur unerwünscht und es entsteht mal wieder der Eindruck, dass an den Ärmsten gespart wird um den Reichsten zu geben.

Die Süchtigen haben mittlerweile am Keplerplatz ein neues Zuhause gefunden.

Hier hätte man die Möglichkeit zu zeigen, dass man gewillt ist, Probleme anzupacken und eben nicht zu verlagern. Hier könnte man wirklich etwas bewirken, die Ursachen bekämpfen anstatt die Betroffenen, und damit manch einem Süchtigen helfen seine Abhängigkeit zu überwinden und wieder in irgendeiner Form Mitglied der Gesellschaft zu werden. Dass das durchaus möglich ist, dafür bin ich ein lebender Beweis. Ohne Hilfe wäre ich vielleicht heute noch süchtig, auf der Straße und eben nicht selbständig.

Durch den gezielten Einsatz von Sozialarbeiter*innen/Streetworker*innen könnte man hier weit mehr bewirken als durch Verbote und vermehrte Polizeipräsenz die - in meiner Erfahrung als ehemaliger Obdachloser/Süchtiger - immer nur zur örtlichen Verlagerung der Suchtszene geführt und selten irgendwas verbessert haben.

Alles in allem finde ich, dass wieder etwas mehr Menschlichkeit im politischen Entscheidungsfindungsprozess Einzug halten und auf die Stimme der Betroffenen eingegangen werden sollte anstatt - aus einer privilegierten Position heraus - Menschen empathielos zu behandeln deren Notsituation bestimmt die wenigsten von ihnen am eigenen Leib erfahren haben. Danke.

Redebeitrag von Martin, Nimmerland



Stadtführungen, die Wien abseits der Postkartenidylle zeigen
wiernimmerland.at

Hausverbot für die Polizei? Obdachlosenfeindlichkeit, Notquartierskontrollen und ziviler Ungehorsam

Helmo Neumaier

„Denn menschenrechtlich war es sicher nicht in Ordnung, uns zu kontrollieren und zu verjagen aufgrund dessen, was der Polizist glaubt zu sehen, wenn er mich anschaut: aufgrund meines Äußeren, meiner Haltung zur Körperhygiene, meiner politischen Einstellung oder dessen, was ich gerade tue.“ (Klinger in Neumaier/Klinger/Kugelblitz 2026).

Dieser Beitrag analysiert Mechanismen und Hintergründe polizeilicher Repression gegenüber wohnungslosen Menschen. Im Fokus stehen dabei Obdachlosenfeindlichkeit in der Polizeiarbeit im Allgemeinen sowie die strukturelle Kontrolle von österreichischen Notquartieren im Speziellen. Abschließend werden Widerstandsformen wie ziviler Ungehorsam und Solidarisierung als Auswege gegen das polizeilich ausgeübte Unrecht für Betroffene, Sozialarbeitende und Aktivist*innen aufgezeigt.

Obdachlosenfeindlichkeit in der Polizeiarbeit

In einer Gesellschaft, in der Wert stark über (Lohn-)Arbeit und Konsum definiert wird, werden Menschen mit wenig Einkommen seitens breiter^[1] gesellschaftlicher Schichten systematisch abgewertet. Reale soziale und ökonomische Ungleichheit wandelt sich dabei in zugeschriebene soziale Ungleichwertigkeit um (Sozialdarwinismus). Bezogen auf wohnungslose Menschen heißt das: Sie gelten als weniger wert, weil sie weniger konsumieren, kaufen und arbeiten und werden zugleich als faul, arbeitsscheu, süchtig oder gefährlich markiert (Obdachlosenfeindlichkeit). Gewalttaten gegen Obdachlose im öffentlichen Raum sind ein besonders sichtbares Resultat dieser kapitalistischen und neoliberalen Verwertungslogiken bzw. Menschenbilder. Eigentlich müsste der Staat wohnungslose Menschen vor Witterung und Gewalt schützen; dazu wäre er durch ratifizierte Menschenrechtsdokumente im Verfassungsrang verpflichtet. Einen universellen Rechtsanspruch auf angemessenen Wohnraum gibt es in Österreich jedoch nicht. Stattdessen müssten ausreichend Notquartiersplätze, die sich an menschenrechtlichen Standards orientieren, sowie tatsächlicher Schutz durch die Polizei diese Schutzfunktion übernehmen. Doch entspricht dies der Realität?

[1] Beispiel: 19,8 % der Befragten der repräsentativen deutschen Mitte-Studie vertraten die Meinung, dass „[b]ettelnde Obdachlose [...] aus den Fußgängerzonen entfernt werden [sollten]“ (Zick/Küpper/Mokros 2023: 160-161); nur 32,8 % stimmten überhaupt nicht zu (ebd.).

Die wissenschaftliche Sachlage ist sowohl für Obdachlose als auch für eine vermeintlich demokratisch-menschenrechtsorientierte Polizei erschlagend. Polizei schützt funktional Kapital(-interessen) der besitzenden und herrschenden Klasse, zu Lasten der Besitzlosen. Dies zeigt sich besonders deutlich bei Gentrifizierungsprozessen oder ‚Großveranstaltungen‘: Bei der Fußball-Europameisterschaft 2008 in Österreich wurde beispielsweise der Karlsplatz durch intensivierete Polizeirepression und die Etablierung der ersten Schutzzone Österreichs gezielt von obdachlosen und suchtkranken Menschen ‚geräumt‘. Die gesellschaftlich tief verwurzelte Obdachlosenfeindlichkeit wird im Gewaltmonopol der Polizei potenziert. Obdachlose werden gesellschaftlich als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit etikettiert: Politik und Polizei nehmen sie daher in ihr performativ-repressives Visier und die Durchschnittsbevölkerung erwartet auch einen repressiven Umgang mit dieser Personengruppe, da das bloße Erscheinungsbild obdachloser Menschen im öffentlichen Raum Unbehagen bei manchen auslösen kann. Personen, die von der Polizei aufgrund stereotyper Annahmen als wohnungslos gelesen werden, werden deutlich häufiger kontrolliert als privilegierte Teile der Mehrheitsgesellschaft; das ‚wohnungslose Erscheinungsbild‘ dient dabei als Grundlage polizeilicher Verdachtskonstruktion (obdachlosenfeindliches Profiling). Neben dem äußeren Erscheinungsbild erhöhen auch szenetypische Aufenthaltsorte (Bahnhöfe, s. Karlsplatz 2005-2008) und vermeintlich obdachlosetypische Verhaltensweisen (z. B. Betteln, Alkoholkonsum, Nächtigen im öffentlichen Raum) das Kontrollrisiko und werden zeitgleich kriminalisiert (Kriminalisierungstrios). Zusätzliche Risikofaktoren für eine Kontrolle sind zugeschriebene Merkmale wie Migrationsbiografie und männliches Geschlecht sowie psychische Erkrankung, Sucht, junges Alter, die warme Jahreszeit, Vorstrafen oder die Unbekanntheit der Obdachlosen. Obdachlosenfeindlichkeit/Klassismus und Rassismus greifen dabei ineinander und verstärken sich gegenseitig (Intersektionalität; rassistisches Profiling). Ein großer Teil wohnungsloser Menschen steht damit faktisch unter polizeilichem Generalverdacht. Neben diskriminierenden Kontrollpraxen steht auch Polizeigewalt gegenüber Wohnungslosen im Repertoire der Polizei. Ein Beispiel ist der sogenannte ‚Verbringungsgewahrsam‘: Obdachlose werden mit einem Streifenwagen an den Stadtrand gebracht und dort ausgesetzt, in manchen Fällen sogar vorher verprügelt. In Deutschland kam es in den 2000er Jahren infolge dieser Praxis zu einem Todesfall; in Innsbruck wurde im Frühling 2024 ein wohnungsloser somalischer Staatsbürger mit Unterkühlung ins Krankenhaus eingeliefert – der letzte dokumentierte angewandte Verbringungsgewahrsam in Österreich. Viele Fälle von Polizeigewalt bleiben aufgrund massiver Machtasymmetrien (Glaubwürdigkeit; Beschwerdemacht) undokumentiert.

Wohnungslosigkeit entsteht, weil Wohnraum dem freien Markt überlassen wird, sie ist also ein soziales Problem. Gesellschaft und Staat transformieren dieses Problem jedoch in ein sicherheits- und ordnungspolitisches. Daher ist die Polizei nahezu permanenter und unerwünschter Begleiter vieler Wohnungsloser und wird dem besonderen Schutzbedarf und der vulnerablen Lebenslage wohnungsloser Menschen nicht gerecht. Statt Schutz erleben viele vor allem häufige Kontrollen und Polizeigewalt (Overpolicing), während gleichzeitig Schutz vor Übergriffen und Witterung fehlt (Underprotection).

Notquartiere im Fadenkreuz der Polizei

Eine besondere ‚Kooperationsform‘ zwischen Polizei und Sozialarbeit ist die polizeiliche Kontrolle von Notquartieren in Österreich. Die zuvor beschriebene Obdachlosenfeindlichkeit in der Polizeiarbeit bekommt hier ein spezielles, greifbares Gesicht. Die Polizei besucht regelmäßig spätabends Notquartiere und fragt über die diensthabende Nachtdienstperson die Nächtigungsliste ab. Sie will damit wissen, wer im Quartier übernachtet. Die Namen werden anschließend mit ‚offenen‘ straf-, verwaltungs- und aufenthaltsrechtlichen Delikten abgeglichen. In manchen Fällen geht die Polizei in die Schlafsäle und nimmt von dort aus Personen fest oder schiebt andere in der Folge ab. Weitere Kooperations- und Repressionsformen sind das tägliche Zusenden von Nächtigungslisten an die Polizei oder das Patrouillieren vor Notquartieren. Wichtig ist, dass diese polizeilichen Maßnahmen sich meist auf sogenannte Armut- bzw. Bagatelldelikte konzentrieren; das Leben Dritter ist dabei nicht in Gefahr.

Zwischen 2020 und 2022 spitzten sich die Kontrollen in Wien unter einem ranghohen, FPÖ-nahen Bezirkspolizisten zu. In Zehnerschaften ging dieser regelmäßig in zwei Notquartiere und versuchte, möglichst viele Personen aus den Quartieren abzuschieben. Dabei wurden nicht nur bestehende Ausreiseverpflichtungen überprüft, sondern auch aufenthaltsrechtliche Neuüberprüfungen und Taschenkontrollen durchgeführt. Die Kontrollen hatten Razziencharakter und wurden von Mitarbeitenden als martialisch, unverhältnismäßig und überfallsartig beschrieben. Besonders betroffen waren EU-Bürger*innen, die in Schubhaft genommen und danach an die slowakische Grenze verbracht bzw. dort ausgesetzt wurden. In der Folge mieden viele Wohnungslose die betroffenen Quartiere oder übernachteten im Freien aus Angst vor polizeilichen Zugriffen. Schutz-, Ruhe- und Erholungsbedürfnisse der Nutzer*innen wurden dabei verletzt, und es kam zu Re-Traumatisierungen. Als Mieter*in hat man das Recht, selbst zu entscheiden, ob man die Polizei ohne konkreten Verdacht oder Anlass in die Wohnung lässt. In Notschlafstellen hingegen treffen andere Personen (Sozialarbeitende) diese Entscheidung für die Bewohner*innen. Dies wird von Betroffenen als bevormundend und paternalistisch empfunden; viele fühlen sich durch die Kooperation der Sozialarbeitenden verraten.

Diese Vorgehensweise kann als Abschiebetaktik und Zermürbungsstrategie zur Eindämmung sogenannter ‚EU-Ost-Armutsmigration‘ interpretiert werden. Besonders besorgniserregend ist ein angenommener Zusammenhang mit Wahlversprechen rechter Parteien (= höhere Abschiebezahlen). Es gibt starke Indizien, dass die polizeiliche Kontrolle von Notquartieren als rassistisch-obdachlosenfeindliches Profiling zu werten ist: Nicht 5-Sterne-Hotels samt darin untergebrachter Steuerflüchtlinge (Reichtumsdelikte) geraten ins staatlich-polizeiliche Visier, sondern Notquartiere, in denen manche Wohnungslose, mit die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht tangierenden Delikten, nächtigen. Ein Wiener Hotelpolizist gesteht diesen Verdacht in einer Veröffentlichung des BMI (2018): „Die ersten Stationen, die wir anfahren, sind die Billighotels und Obdachlosenheime.“ Es ist zudem anzunehmen, dass diese Form der Kooperation höherrangiges Recht verletzen könnte, etwa die EU-Datenschutzgrundverordnung sowie §8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) in Verbindung mit §14 (Verbot der Benachteiligung) der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Ziviler Ungehorsam und solidarische Austauschforen

Ziviler Ungehorsam bedeutet, dass Sozialarbeitende bewusst Normen, Regeln oder Gesetze brechen, weil sie ethische oder menschenrechtliche Bedenken haben. Im Kontext der zuvor beschriebenen strukturellen Kooperation zwischen Polizei und Notquartieren heißt das: Nicht mit der Polizei kooperieren oder Kontrollakte gezielt sabotieren. Vier Handlungstypen von Sozialarbeitenden lassen sich unterscheiden: Unterstützende, Frustrierte, Pragmatische und Aktivistische. Nur die pragmatischen und aktivistischen Sozialarbeitenden handeln tatsächlich zivil ungehorsam.

- **Unterstützende:** Sie akzeptieren bzw. unterstützen die Kontrollen, weil ihr eigenes Denken und Handeln von obdachlosenfeindlichen oder rassistischen Vorbehalten geprägt sind. Außerdem vertrauen sie fachlich und rechtlich auf die Vorgaben/Anforderungen von Polizei bzw. Einrichtungsleitungen. Die Annahme: die Kontrollen sorgen für Sicherheit und Ordnung im Notquartier.

- **Frustrierte:** Sie empfinden die Kontrollen als unverhältnismäßig und schädlich für die Nutzer*innen, kooperieren aber dennoch, etwa wegen Machtasymmetrien (Polizei/Leitung vs. Nachtdienst), unklarer Rechtslage oder prekären Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen (Angst und Überforderung).

- **Pragmatische:** Sie setzen zivilen Ungehorsam verdeckt um, um den Schaden für Nutzer*innen möglichst gering zu halten. Konflikte mit Polizei oder Leitung werden bewusst vermieden.

- **Aktivistische:** Sie verweigern die Kooperation, tragen ihre ethischen und menschenrechtlichen Bedenken transparent vor und versuchen strategisch, Aufmerksamkeit auf Obdachlosenfeindlichkeit in der Polizei und die Notquartierskontrollen zu lenken. Ziel ist ein gesellschaftliches kritisches Bewusstsein für polizeiliche Unrechtspraxen gegenüber wohnungslosen Menschen zu schaffen. Zur Veränderung werden zudem u.a. strategische Prozessführung, Lobbying, Whistleblowing sowie armutssensible Medien- und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt, die aus Platzgründen hier nicht näher ausgeführt werden.

Beispiele für pragmatisch-verdeckten zivilen Ungehorsam sind situativ angepasste Namenspraxen oder auf das Eintreffen der Polizei abgestimmte Nordic-Walking-Einheiten mancher Nächtigungsgäste. Die Ablehnung der Kooperation mit der Polizei aufgrund rechtlicher (Datenschutz, §§ 8 und 14 EMRK), konzeptioneller und professionstheoretischer Bedenken, sodass Gerichte und Datenschutzbehörden zunächst prüfen müssten, ob Polizei und Notquartiere legal handeln (strategische Prozessführung), stellt eine Form offen-aktivistisch ausgetragenen zivilen Ungehorsams dar. Erwähnenswert ist, dass konkrete Formen zivilen Ungehorsams in Bezug auf bagatelldeliktbezogene Festnahme- und Abschiebeverhinderung aus (forschungs-)ethischen sowie menschenrechtlichen Gründen nicht offen verschriftlicht werden können, da dies Ermittlungstaktiken von Polizei und Behörden dienlich sein könnte. Mitleidende repressionsausübende Akteur*innen könnten durch die oben genannten Beispiele auch auf einen Irrweg gebracht worden sein.



Viele Einrichtungsleitungen tragen maßgeblich dazu bei, dass die Polizei so selbstverständlich in Notquartiere eindringt und dort teils in rechtlichen Graubereichen kontrolliert. Es kann als Ausdruck nutzer*innenschädlicher Leitungs- und Professionsverständnisse verstanden werden: Kooperation wird oft als Top-Down-Entscheidung verordnet. Hinterfragen oder Verweigerung von Kontrollen werden in vielen Fällen sanktioniert. Obwohl eine Nicht-Kooperation in vielen Fällen (arbeits-)rechtlich zulässig wäre, arbeiten viele Leitungen teilweise mit Druck und disziplinierenden Maßnahmen gegen ungehorsame Nachtdienste. Dies ist als Machtmissbrauch zu verstehen, der offen ausgetragenen zivilen Ungehorsam erschwert.

Bislang gab es wenige koordinierte und strukturierte Widerstandsformen gegen polizeiliches Handeln in Notquartieren und der Wohnungslosenhilfe. Um das konflikträchtige Interaktionsfeld zwischen Polizei und Sozialarbeitenden im Sinne der Nutzer*innen zu gestalten und zu verändern, wird die Initiative Sommerpaket mit Start Winterpaket 2026/2027 Austausch- und Solidarisierungsforen für interessierte und widerständige Notschlafstellenmitarbeiter*innen organisieren. In diesen Foren werden rechtliche Aspekte der Notquartierskontrollen beleuchtet: Wann muss man der Polizei Auskunft geben? Wo liegen rechtliche Graubereiche? Wann kann man der Polizei die Auskunft verweigern? Zudem werden Formen zivilen Ungehorsams ausgetauscht und weiterentwickelt, um pragmatisch und möglichst konfliktarm Nächtigungsgäste vor der Polizei zu schützen. Dabei geht es auch darum, wie sozialarbeiterische Verschwiegenheitspflichten gegenüber der Polizei umgesetzt werden können und wie Notquartiere stärker als solidarische und sicherere Orte wirken können.

Es ist anzunehmen, dass sich Notschlafstellenkontrollen unter zukünftigen rechten Stadt- und Bundesregierungen häufen. Zugleich ist im Zuge zunehmender Sparpolitik im Sozialbereich mit einer Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Notquartieren zu rechnen. Es besteht die Gefahr, dass Notschlafstellenmitarbeiter*innen zunehmend als Abschiebehelfer*innen oder Polizeigehilf*innen agieren (müssen). Als Antwort darauf sind solidarische, kritische und widerständige Austauschforen und Arbeitskreise unter Sozialarbeitenden zentral.

Nadelstiche gegen die Polizei

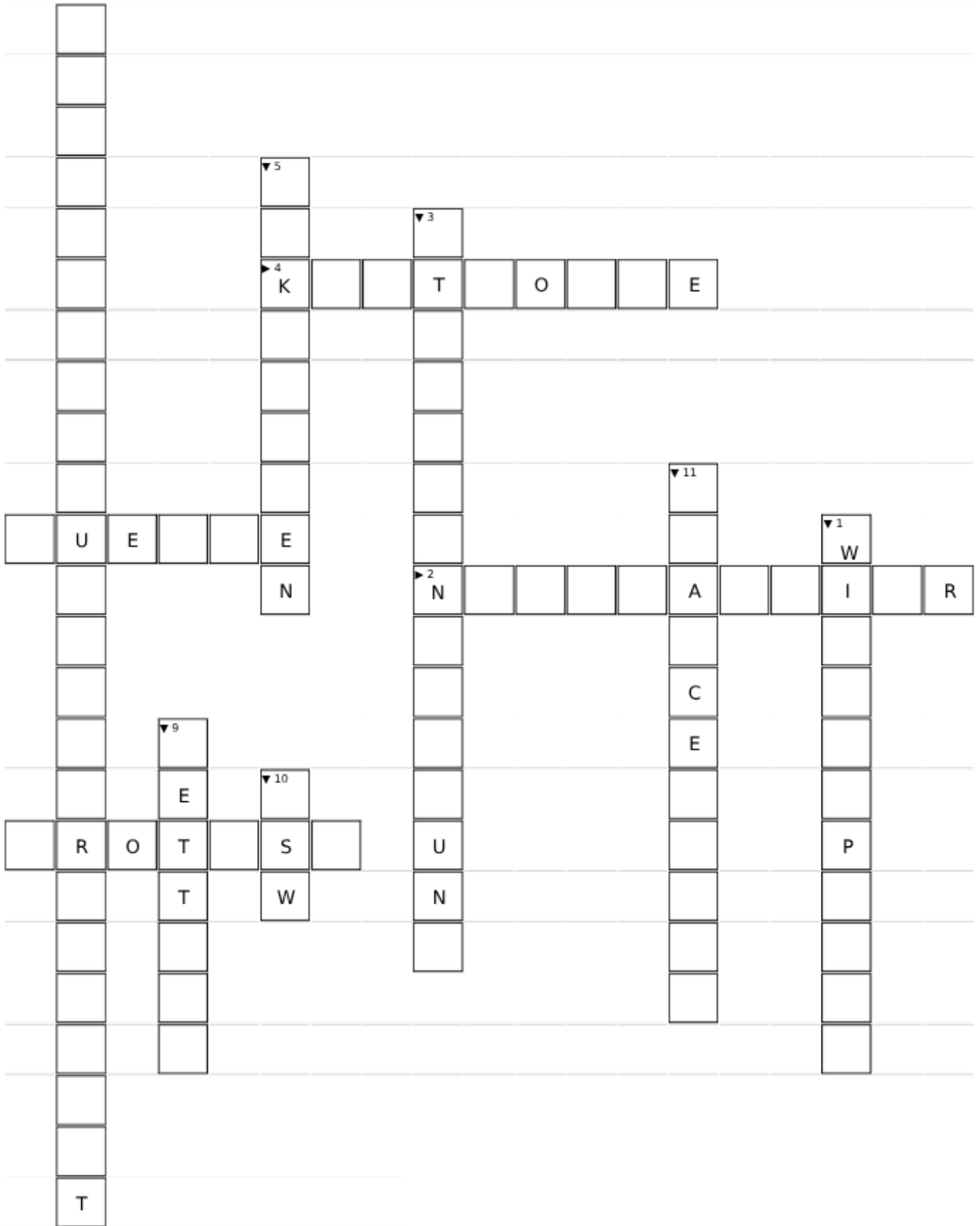
Die Machtungleichheiten zwischen Polizei und Wohnungslosen sind immens. Es wäre daher einfältig zu behaupten, Widerstandstaktiken oder solidarische Kämpfe mit Wohnungslosen gegen die Polizei seien ein einfaches Unterfangen. Hinzu kommt, dass noch weitere Akteur*innen an der Repression beteiligt sind: Politik, Medien, private und staatliche Sicherheitsdienste, Wohnungslosenhilfe, Geschäftsbesitzer*innen oder ein großer obdachlosenfeindlicher Teil der Gesellschaft.

Zuerst gilt es anzuerkennen, welch immenses Unrecht Wohnungslose im Kontakt mit der Polizei erfahren, z. B. in Form täglicher verdachts- und anlassloser Kontrollen oder psychischer und körperlicher Gewalt. Für viele Wohnungslose ist die Polizei daher keine schützende Instanz, sondern ein unterdrückender Aggressor. Die vermeintliche Sicherheit, die die Polizei der privilegierten Mehrheitsbevölkerung bieten soll, bedeutet für Menschen mit Lebensmittelpunkt Straße immense Unsicherheit und Unrechtserfahrungen. Dass wohnungslose Menschen bei vielen ein Unbehagen oder Unsicherheit auslösen, beruht zum Teil auf sozialdarwinistischen und obdachlosenfeindlichen Motiven. Regierungen reagieren auf dieses Unsicherheitsgefühl mit repressiv-performativer Polizeipräsenz, ein Vorgehen, das demokratischen und ethisch-menschenrechtlichen Grundprinzipien widerspricht. Es ist wichtig, polizeiliches repressives Handeln nicht als Diskriminierungsproblem zu verstehen, sondern als Ausdruck kapitalistischer und sozialdarwinistischer Logiken. Notwendig sind daher keine kleinen Reformen innerhalb der Polizei, sondern solidarische Zusammenschlüsse und (mikro-)abolitionistische Kämpfe.

Was heißt das konkret? Immer dort, wo die Polizei herausgefordert werden kann, sollte sie herausgefordert werden. Es gehört fast zum Stadtbild, dass zehn Beamt*innen einen (vermeintlich) wohnungslosen Menschen im öffentlichen Raum einkesseln. Sofern es die Betroffenen wollen, können sensibel gestaltete solidarische Interventionen helfen: die Polizei nach der rechtlichen Grundlage der Kontrolle fragen, Bildmaterial erstellen, Dienstnummern einfordern und Unterstützung in Form von Antirepressionsarbeit anbieten. Der Generalverdacht qua Obdachlos-Sein darf nicht hingenommen werden.

Auf rechtlicher Ebene wird derzeit versucht, einen Fall von obdachlosenfeindlichem Profiling mit strategischer Prozessführung bis vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zu bringen. In Notquartieren gilt: Sofern das Leben Dritter nicht in Gefahr ist, können Kontrollakte verneint oder sabotiert werden. Außerdem sollten Themen wie Obdachlosenfeindlichkeit und Sozialdarwinismus in bereits erfolgreiche rassismuskritische Kämpfe und Zusammenschlüsse gegen die Polizei eingebracht werden – um selektiver Solidarität und einem ausschließlich auf rassistisch motivierte Repression fokussierten Diskurs entgegenzuwirken. Um Interventionen und Ideen zu bündeln, braucht es vermehrt solidarische Foren für Sozialarbeiter*innen und Aktivist*innen. Gleichzeitig müssen Strukturen für Betroffene geschaffen werden, damit das erfahrene Unrecht gehört wird, sie es artikulieren können und daraus Möglichkeiten des Empowerments entstehen.





GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT AN WOHNUNGSLOSEN MENSCHEN

Geschlechtsspezifische Gewalt ist unsichtbar. Marginalisierte Personen oder Lebensweisen, wie etwa die von wohnungslosen Personen, werden sowieso unsichtbar gemacht. Die Gewalt, die diesen Personen angetan wird, ist dann erst recht für eine "Öffentlichkeit" nicht wahrnehmbar. Das heißt über diese Gewalt wird nur in den seltenen Fällen konkret, empathisch oder betruernd gesprochen.

Gleichzeitig werden marginalisierte Personen aber ständig mit Gewalt assoziiert. Während migrantisierte, konsumierende, psychisch erkrankte oder wohnungslosen Männer ganz automatisch als Täter wahrgenommen werden, sind migrantisierte und wohnungslose Frauen ganz automatisch in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft von Gewalt betroffen, während aber trans Frauen als Täter*innen konstruiert werden. Die konkrete Gewalt wird aber nicht sichtbar, in eben diesem empathischen und betruernden Sinn.

Wohnungslose Frauen und Queers sind überdurchschnittlich von Gewalt betroffen, nicht aber, weil sie automatisch, sozusagen qua ihrer Eigenschaften oder Charakteren, Gewalt erleben, sondern weil es Strukturen gibt, die dazu führen, dass sie in einer patriarchalen und gewaltvollen Gesellschaft weniger Schutz bekommen als andere.

Wohnungslosigkeit von Frauen und Queers ist eng mit Gewalt verknüpft: Ein ganz wichtiger Schutzfaktor gegen Gewalt, ist die materielle Unabhängigkeit. Bin ich materiell unabhängig und verfüge ich über eine eigene Wohnung kann ich mich leichter von Personen distanzieren, die mir nicht gut tun und mir Gewalt antun. Wohnungslose Frauen und Queers hingegen sind sehr exponiert. Durch die gesellschaftliche Stigmatisierung und fehlende Rückzugsmöglichkeiten erscheinen wohnungslose Frauen und Queers für Tätern als eine Möglichkeit für Gewaltausübung ohne Konsequenzen. Leider ist das auch nur allzuoft der Fall.

Andererseits begünstigen Gewaltbeziehungen Abhängigkeitsverhältnisse, die nach einer Trennung zu Wohnungslosigkeit führen, z.B. wenn ich von meine*r Partner*in am Spracherwerb oder einer Ausbildung bzw. Arbeit gehindert werde oder am Erwerb eines eigenständigen Aufenthaltstitels, mit welchem Ansprüche auf staatliche Versorgungsleistungen einhergehen. Zudem ist der Zugang zu Gemeindewohnungen in Trennungssituationen erschwert, da zuerst "geklärte Familienverhältnisse" also abgeschlossene zivilrechtliche Verfahren zu Scheidung und Obsorge vorliegen müssen.

Daher wäre eine adäquate Wohnversorgung und materielle Absicherung unabhängig von Aufenthaltstitel, Sozialversicherungszeiten oder Einkommen so wichtig: Es ermöglicht das Verlassen von Gewaltsystemen und kann auch das Eingehen neuer Gewaltbeziehungen verhindern.

Zudem greifen die Gewaltschutzgesetze bezüglich der Lebensrealitäten von wohnungslosen Personen nur teilweise. Zum Beispiel, das Betretungsverbot: Dieses Betretungsverbot benötigt eine Schutzadresse. Bei Gewalt gegen wohnungslose Frauen und Queers die keinen Schlafplatz haben, führt das dazu, dass diese gesetzliche Schutzmaßnahme nicht angewendet wird. Die Erfahrung zeigt, dass die Polizei der Meinung ist Betretungsverbote nicht aussprechen zu müssen, wenn die Gewalt im öffentlichen Raum stattfindet, und die Täter und Opfer keinen gemeinsamen Wohnsitz haben.

Die Soziale Arbeit funktioniert nach der Logik der sogenannten Zielgruppenaufteilungen. Das heißt bei unserem Thema: Es gibt die Wohnungslosenhilfe für wohnungslose Personen und es gibt die Gewaltschutzeinrichtungen für gewaltbetroffene Personen, wobei in beiden Feldern Queers lange ausgeschlossen wurden (und werden). Was ist aber wenn ich wohnungslos und gewaltbetroffen bin?

Unserer Erfahrung nach, die sich auf in der Fallarbeit, Miterlebtes sowie Berichte von Betroffenen stützt, führt dies zu fehlender Unterstützung. Einmal, weil wohnungslose Frauen von Gewaltschutzeinrichtungen nicht als Zielgruppe gesehen werden, da Wohnungslosigkeit als das primäre Problem gesehen wird. Konsum/Suchterkrankungen und unbehandelte psychische Erkrankungen verhindern einen Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen, de facto schließt das viele wohnungslose Personen aus. Folglich werden diese Personen an die Wohnungslosenhilfe verwiesen. Falls sie dennoch einen Platz im Frauenhaus bekommen, dann ist auch das nur eine Lösung auf Zeit. Denn wohin sollen sie nach dem Frauenhausaufenthalt ziehen, wenn der private Wohnungsmarkt unleistbar ist und Frauenplätze und Plätze für Queers in der Wohnungslosenhilfe fehlen? Erschwert ist die Situation natürlich noch einmal für Personen die be_hindert sind, da Gewaltschutzeinrichtungen wie Wohnungslosenhilfe nicht barrierearm gestaltet sind.

Auf der anderen Seite aber stellen viele Wohnungsloseneinrichtungen keine sicheren Orte für Frauen und Queers dar: Die Wohnunglosenhilfe kann nicht denselben Schutz wie Frauenhäuser gewähren. Auch gibt es zu wenig geschlechtsspezifische Einrichtungen und Schützzräume. Und im Falle von all gender Wohnhäusern drohen Gewalt durch Mitbewohnende, aber auch von Seiten der Institution und ganz konkret auch durch Mitarbeiter*innen der Wohnunglosenhilfe, die ihre Machtposition ausnutzen um beispielsweise sexualisierte oder queerfeindliche Gewalt auszuüben. Im Laufe unsere Berufslaufbahn, haben wir von einer durchaus erschreckenden Zahl solcher Fälle gehört.

Die Dunkelziffer ist sicher höher. Außerdem führen Gewaltdynamiken nicht selten zu Verlust der Wohnplätze in der Wohnunglosenhilfe von Betroffenen, etwa wenn sie die Auflage haben, den Täter nicht mehr vor der Unterkunft zu treffen, aber aufgrund der Gewaltdynamik eine nachhaltige Trennung noch nicht erwünscht oder möglich ist.

So wie schon Schwarze Feminist*innen in den 80er Jahren, darauf hingewiesen haben, dass weiße, feministische Konzeptionen von Gewalt, Öffentlichkeit und Privatheit nicht komplex genug sind, so lässt sich auch aus der Perspektive von wohnungslosen Frauen sagen, dass die staatlichen Gewaltschutzmaßnahmen sich an weißen heterosexuellen Frauen in Kleinfamilien orientieren. Sie haben

anderen Formen patriarchaler Gewalt, die sie nicht ganz greifen können, wie etwa der Gewalt an wohnungslosen Personen, Queers und Sexarbeiter*innen, nichts oder wenig entgegenzusetzen.



Falsche Bilder von Gewalt an Sexarbeiter*innen führen auch innerhalb frauenspezifischer Einrichtungen zu Ausschlüssen. Auch Ausschlüsse aus Wohneinrichtungen wie Frauenhäusern und Notquartieren aufgrund von häufiger Nachtarbeit in diesem Sektor. Das liegt daran, dass der Schutz in der Nacht als legitim angesehen ist. Wenn ich nachts aber unterwegs bin, gelte ich nicht mehr als schutzbedürftig oder mir wird abgesprochen, dass ich Schutz in Anspruch nehmen möchte. Der Schutz ist als Rückzug ins Schlafzimmer konzipiert, die Wohnversorgung mit Schlafplatzversorgung in der Nacht gleichgesetzt. Auch wohnungslose Frauen trifft diese Logik, dass die Gewalt in der Öffentlichkeit verortet wird und das Aufhalten von Frauen in der Öffentlichkeit in einer Opfer-Täter Umkehr problematisiert wird. Diese Logiken machen natürlich weder vor Polizei, Sozialarbeit, Politik noch sozialem Umfeld halt.

Es gibt also in der Sozialen Arbeit – angetrieben durch extreme Ressourcenknappheit – einen Kampf um Abgrenzung auf den Rücken der Betroffenen. Wir als Initiative Sommerpaket haben die Erfahrung gemacht, und glauben auch fest daran, dass sich daran nur etwas ändert, wenn wir gemeinsam Druck aufbauen, uns an der Basis organisieren uns als Kolleg*innen in dem Bereich vernetzen (wie es die Kolleg*innen in der Vernetzung DAPHNE und im Frauenarbeitskreis der BAWO bereits machen) und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen und damit der Stadt Wien zu erlauben, das Problem als unveränderbar zu sehen, “verdeckte Wohnungslosigkeit” von Frauen und Queers und deren Gewaltpotentiale weiterhin zu ignorieren, anstatt endlich Gewaltschutz und Wohnungslosenhilfe hinsichtlich der Bedürfnisse und Lebensrealitäten von gewaltbetroffenen Frauen und Queers umzustrukturieren, mit genügend Mitteln auszustatten, ganz abgesehen davon, Wohnraum für Alle zur Verfügung zu stellen.

Weiterführende Links zur kleinen Geschichte des Winterpakets

https://sommerpaket.noblogs.org/files/2019/04/Schreiben_Initiative_Sommerpaket.pdf

<https://www.malmoe.org/2020/10/02/fuenf-jahre-prekaer-und-jetzt-weg/>

<https://www.moment.at/story/gudi-bleibt-protest-gegen-ende-fuer-obdachlosen-notquartier-wien/>

https://dachverband.at/wp-content/uploads/2025/04/Impulspapier_U365.pdf

<https://sommerpaket.noblogs.org/post/2024/07/04/positionspapier-betriebsrattinnenvernetzung/>

<https://queerewwh.wixsite.com/positionspapier>

Quellen: Hausverbot für die Polizei? Obdachlosenfeindlichkeit, Notquartierskontrollen und ziviler Ungehorsam

Fazzi, Luca (2015): Social work, exclusionary populism and xenophobia in Italy, in: International Social Work, 58(4). S. 595–605.

Konzett, Eva (2019): Razzia im Notquartier, in Falter (50/2019, 10.12.2019), unter <https://www.falter.at/zeitung/20191210/razzia-im-notquartier> [abgerufen am 10.04.2026].

Neumaier, Heimo/Klinger, Martin (2026a, in Erscheinung): Festnahmen und Abschiebungen aus Notschlafstellen verhindern: Methoden struktureller Veränderung gegen obdachlosenfeindliche Kontrollpraktiken, in: Sowa, Frank/Geiser-Krummenacher, Marisa/Meyer, Tom/Runge, Pauline/Sellner, Nora/Tissot, Anna Xymena/Tsirikiotis, Athanasios (Hrsg.): Fragile Behausungen. Prekäres Wohnen und Wohnungslosigkeit in Zeiten multipler Krisen, Weinheim: Beltz Verlag.

Neumaier, Heimo/Klinger, Martin (2026b, in Erscheinung): Obdachlosenfeindlichkeit in der Polizeiarbeit, in: Alborea, Katharina/Moerland, Heike/Ott, Heidi/Schäfer, Lars: Wohnst du schon oder verzweifelst du noch? Angemessenes Wohnen gewährleisten.

Neumaier, Heimo/Klinger, Martin/Kugelblitz, Hubert (2026, in Erscheinung): Wer auf der Straße lebt, lebt unter Verdacht? Die Verschränkungen von Polizei, Recht und Obdachlosenfeindlichkeit in Deutschland und Österreich, in: XXX [Publikation Deutsches Menschenrechtsinstitut].

ORF Tirol (2024): „Diversion in Prozess wegen Polizeigewalt“, unter <https://tirol.orf.at/stories/3273766/> [abgerufen am 31.03.2026].

Prasad, Nivedita (2023): Spagat zwischen legalem und legitimem Handeln: Ziviler Ungehorsam im Kontext Sozialer Arbeit, in: Prasad, Nivedita (Hrsg.), Methoden struktureller Veränderung in der Sozialen Arbeit, Opladen: Barbara Budrich, S. 177–188.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz Verlag.

Zwickl, Herbert/Hendrich-Szokol, Tamara (2018): „Wenn der Täter über Nacht bleibt“, in: Öffentliche Sicherheit, 9–10 (18): 39.

https://www.bmi.gv.at/magazinfiles/2018/09_10/hotelkontrolle.pdf [abgerufen am 31.03.2026].

Kontakt:

heimo.neumaier@gmx.at

blog: <https://sommerpaket.noblogs.org/>

mail: sommerpaket@riseup.net

insta: [initiative_sommerpaket](https://www.instagram.com/initiative_sommerpaket)

Lösung Kreuzworträtsel

Vertikal ▼

1) Winterpaket

3) Strassenzeitung

3) Strassenzeitung

(5) 2-Klassen

(7) Nichtanspruchsberechtigt

(9) Betteln

(10) FSW

(11) Chancenhaus

Horizontal ►

(2) Notquartier

(4) Kontrolle

(6) Queere

8) Protest



